

"Freier Markt für Kernenergie?" in Welt der Arbeit (23. März 1956)

Quelle: Welt der Arbeit. Wochenzeitung des deutschen Gewerkschaftsbundes. Hrsg. BIEDORF, Wilhelm ; Herausgeber SATERNUS, Artur. 23.03.1956, n° 12; 7. Jg. Köln: Bund-Verlag GmbH. "Freier Markt für Kernenergie?", auteur:Rosenberg, Ludwig , p. 1; 2.

Urheberrecht: (c) Welt der Arbeit

URL:

http://www.cvce.eu/obj/freier_markt_fur_kernenergie_in_welt_der_arbeit_23_marz_1956-de-8e0933cb-e9eb-47fc-899f-2e1438a2a926.html



Publication date: 05/11/2015

Freier Markt für Kernenergie?

Von Ludwig Rosenbergl, Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Die Frage, in welcher Form die europäischen Länder die Verwertung der Kernenergie behandeln werden, ist nicht eine Angelegenheit, die man im kleinen Kreise der technischen Experten erledigen könnte. Die Atomkraft ist, das haben nun wohl bereits selbst die einfältigsten Europäer begriffen, nicht vergleichbar mit anderen Energiequellen, mit denen man bisher umzugehen gewohnt ist. Wer Kernenergie mit Kohle und Öl gleichsetzt, schaltet sich selbst als ernst zu nehmender Partner in einer Auseinandersetzung aus, in der es darum geht, den Rohstoff der Kernenergie einer wirksamen Kontrolle zu unterziehen.

Die Diskussion geht tatsächlich um eine Anzahl von Fragen, die in dem Nebel von Bezeichnungen, die irgendwelche Lösungsmethoden kennzeichnen, schon beinahe Gefahr laufen, unerkennbar zu werden. „Euratom“ – „OEEC-Plan“ – „Monnetplan“ so gehen für den Durchschnittsleser der Zeitungen oder den Hörer der Rundfunksendungen die verschiedenen Vorschläge durcheinander. Das wird um so verständlicher, wenn man zudem noch erfährt, daß Kombinationen der verschiedenen Systeme ebenfalls erörtert werden und man dann wirklich nicht mehr weiß, ob der als Euratom verkleidete OEEC-Plan noch mit dem ursprünglichen Euratom das Entscheidende gemeinsam hat.

Es ist deshalb vielleicht gut, einmal einige grundsätzliche Gedanken darzulegen, die vernünftigerweise in jeder internationalen und nationalen Regierung Beachtung finden sollten.

Wer kann kontrollieren?

Wenn es zutrifft, daß der Kernbrennstoff, das sogenannte spaltbare Material, so ungeheuer gefährlich ist, wie es alle Wissenschaftler behaupten, dann muß es stärkster Kontrolle unterliegen, damit seine friedliche Verwendung gesichert ist.

Diese Kontrolle kann ausüben, wer das Eigentumsrecht an diesem Kernbrennstoff besitzt und behält. Da es sich hier um Gefahren handelt, die bereits bei kleinen und kleinsten Mengen von nahezu unübersehbaren Ausmaßen sein können, ist die Frage des Eigentums als Mittel der Kontrolle um so bedeutsamer; einige Kilo dieses Stoffes sind leichter dem Zugriff und dem Verschwinden ausgesetzt als Stoffe, bei denen es sich um große Mengen handeln muß, bevor sie gefährlich werden können.

Es ergibt sich daraus, daß auf internationaler und auf nationaler Ebene eine internationale Behörde bzw. der Staat Eigentümer dieses Kernbrennstoffes sein muß. Nur so ist eine Garantie dafür gegeben, daß dieser Kernstoff nur an zuverlässige Verbraucher abgegeben wird, nur ihnen vorbehalten bleibt, bei Mißbrauch jederzeit ohne umständliches Verfahren zurückgenommen werden kann und alles einer demokratischen Kontrolle durch Parlamente bzw. internationale Aufsichtsorgane unterliegt.

Aus diesem Grund haben auch jene Staaten die bisher in der Atomwirtschaft überhaupt eine Rolle spielen, z. B. die USA und England, eine solche nationale Atombehörde geschaffen. Aus diesem Grund hat man auch für die Lösung der europäischen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet im Euratom eine solche Form der Eigentumskontrolle vorgesehen.

Nun ergeben sich hier Einwände, die wir in mehr oder weniger offener Form in der Presse und in gelegentlichen Äußerungen wiederfinden und mit denen wir uns hier beschäftigen wollen, denn um diese Fragen geht hauptsächlich der Kampf auf europäischer und auf nationaler Ebene.

Es wird gesagt, daß die Entwicklung der auf Kernbrennstoff aufbauenden friedlichen Industrie durch staatliche Einmischung gehemmt würde. Hier müsse die berühmte unternehmerische Initiative tätig werden können, die durch staatliches Eigentum an dem Kernbrennstoff gehemmt würde.

Es wird gesagt, daß man die notwendigen Kontrollen auch durch gesetzliche Auflagen durchführen könne, ohne dem Staat Eigentumsrechte zu übertragen. Es wird gesagt, daß diese Kontrollen ja praktisch schon wesentlich das Eigentum einschränkten und daß das genüge.

Es wird gesagt, daß man von der Industrie nicht erwarten könne, daß sie Mittel zum Aufbau von Anlagen aufwende, deren Nutzen von einem Brennstoff abhängt, der in Staatseigentum sei und ihr jederzeit entzogen werden könne.

Es wird eingewandt, daß ja auch in den USA eine Lockerung der bisher starren Vorschriften vorgesehen sei, da man das unter Kriegseinflüssen geschaffene System nicht mehr aufrechterhalten wolle und Privateigentum an den Kernbrennstoffen herstellen wolle.

Es wird in bezug auf die europäische Zusammenarbeit gesagt, daß Euratom zu starr sei und daß England und die skandinavischen Länder nicht an Euratom beteiligt sein könnten und man deshalb den Weg des OEEC-Plans gehen solle, der nur lose Aufsicht und eine Zusammenarbeit vorsehe, wie sie in allen OEEC-Einrichtungen üblich sei und mehr in freiwilliger gegenseitiger Abstimmung und Konsultation als in festgefügtter Zusammenarbeit besteht.

Alles in allem: eine Summe von Gründen, die verhindern sollen, daß es in der Frage der Atomenergie zu einer wirklichen und wirksamen Zusammenarbeit in Europa kommt und zu einer wirklichen und wirksamen Kontrolle auf nationaler Ebene.

Einwände treffen nicht

Nehmen wir die Einwände, wie sie präsentiert werden. „Die Entwicklung der Industrie würde durch staatliches Eigentum am Kernbrennstoff gehemmt.“ Weder in den USA noch in England sind derartige Folgen zu beobachten. Sie sind führend in der Forschung und in der Verwendung der Atomenergie, während in Europa alle zugeben, unendlich viel aufholen zu müssen. Es wirkt beinahe komisch, wenn wir diesen Einwand erheben. Noch seltsamer berührt es, wenn gleichzeitig gefordert wird, daß der Staat die Kosten für die Forschung weitgehend selbst tragen soll und dann die Forschungsergebnisse der Industrie zur Verfügung stellen muß.

„Gesetzliche Auflagen genügen“, so wendet man ferner ein. Dazu bedarf es nicht des Eigentums durch den Staat. Diese Kontrollen schränken den Begriff des Eigentums praktisch wesentlich ein. Wenn dem so ist, warum dann überhaupt noch Privateigentum – wenn dem nicht so ist, dann ist es eben notwendig, diesen gefährlichen Stoff nicht in Privateigentum zu überführen.

Man sagt: „Wenn der Staat den Brennstoff besitzt, kann er ihn jederzeit der Industrie verweigern, die dann nicht große Investitionen in Anlagen machen wird, die von diesem Brennstoff abhängen.“ – Wenn dieses Argument zuträfe, ist unverständlich, warum in England und anderen Ländern, in denen die Bergwerke verstaatlicht sind, die Industrie, die von der Kohle abhängt, nicht ihre Tore geschlossen hat – dasselbe gilt von einem großen Teil der durch Kraftstrom aus Kommunalbetrieben versorgten Werke. Erwartet man wirklich, daß man diesen Einwand ernst nimmt?

„In den USA will man die bisherigen Bestimmungen lockern“, warum sollte man also in Deutschland dieselben einführen? Erstens hat kein Mensch die Absicht, dieselben Bestimmungen in Deutschland einzuführen, die in den USA gelten. Zweitens wäre das aus verfassungstechnischen Gründen gar nicht möglich. Drittens will man in den USA höchstens besondere Bestimmungen lockern, die in Verbindung mit den militärischen Kontrollmaßnahmen stehen. Und viertens ist der Wunsch einiger Industrieller in den USA noch nicht das Gesetz. – Es ist im übrigen bemerkenswert, wie man sich je nach Belieben die USA zum Vorbild oder zum abschreckenden Beispiel herausucht.

„Mehr OEEC als Euratom – England macht sonst nicht mit.“ Wenn man eine europäische Integration will, sollte man endlich aufhören darauf zu warten, bis England mitmacht, England wird und kann in einer echten Integration nicht mitmachen. Es wird sich überall dort assoziieren, wo andere diese Integration tatsächlich

verwirklichen. Wenn man alle europäischen Integrationspläne zu Fall bringen will, braucht man sie nur daran zu orientieren, ob England mitmacht oder nicht. Alle, die es wissen, sind sich klar, daß es sich hier nicht um eine Bosheit Englands handelt, sondern um eine Folge seiner besonderen Weltsituation. Man soll aber endlich aufhören, je nach Belieben mit diesem Argument Europapläne zu Fall zu bringen. Es wäre ehrlicher zu sagen: Wir wollen keine echte Integration.

Und dazu wäre folgendes zu sagen: Die Gewerkschaften wollen eine echte europäische Integration. Sie wollen die europäische Zusammenarbeit in enger und engster Form – aber nur unter einer unabdingbaren Voraussetzung: daß man auf allen Seiten zu Opfern bereit ist und nicht von einem dauernd Vorleistungen verlangt, die andere nicht zu bringen bereit sind. Ferner ist notwendig, daß man sich darüber klar ist, daß es sich nicht um europäische Politik handelt, wenn man uralte nationale oder gar nationalistische Interessen mit dem Etikett „europäisch“ verziert und dann erklärt, wer diese Forderungen nicht erfüllt, versündige sich gegen Europa. Die, die so handeln, sind ebensolche Feinde einer europäischen Integration wie jene, die immer von Europa reden – aber mit Fleiß nach Auswegen suchen, um seine Verwirklichung zu vermeiden.

Leichte Entscheidung

Zur Frage der Atomenergie in Europa ist auch hier die Entscheidung nicht so schwer, wie sie viele machen möchten. Wer eine wirkliche Zusammenarbeit in Europa auf diesem für die Zukunft der Wirtschaft und des Friedens der Menschheit so bedeutsamen Gebiet ehrlich will, muß sich für Euratom entscheiden. Er muß dann mit seinen Freunden in Europa dafür sorgen, daß es hier zu einer ehrlichen und echten europäischen Zusammenarbeit kommt und dass man aus den Fehlern der Montanunion rücksichtslos die Lehren zieht. Auf nationaler Ebene wie auf internationaler können es sich die Völker Europas nicht leisten, diesen gefährlichen Stoff irgendwo dem privaten Eigentum zu überlassen. Diese Frage ist kein Problem einer Wirtschaftstheorie, sondern eine politische Entscheidung, für die wir kommenden Generationen Rechenschaft schuldig sind.

Es geht hier nicht um das geheiligte Prinzip der freien Marktwirtschaft – ebensowenig wie es hier um sozialistische Theorien geht. Hier wird mit Kräften gearbeitet, deren Gefahren und deren Wirkung heute noch kein Wissenschaftler bis zum Ende überblicken kann. Sie sollen dem Frieden und dem Fortschritt dienen – sie sollen der Industrie in ausreichendem Maße ohne Diskriminierung zur Verfügung stehen – sie sollen in Wirtschaft, Forschung und Medizin dem Wohlstand und dem Glück der Menschheit dienen -, aber sie sollen in der Hand des Staates, der über den gefährlichen Grundstoff verfügen muß, ständiger und uneingeschränkter demokratischer Kontrolle unterliegen. Welcher einzelne könnte und wollte die Verantwortung übernehmen, die es hier zu tragen gilt?